

Zweierlei Dinge, zweierlei Maß?

Von Hermann Patzak

Das Einkommen der Unterschicht

Gäbe es den Globalkapitalismus nicht, wäre den Menschen manches Leid erspart geblieben. Nicht nur die Unzahl der sogenannten Reformen, die treffender Anpassungen an die von der Globalisierung diktierten Verarmungen hießen, auch manche neue Wortschöpfung gäbe es nicht. Die „klugen Köpfe“ in unserer Gesellschaft, die mit den Wirtschaftsproblemen unserer Zeit konfrontiert werden, haben jetzt ein neues Unwort erfunden, einen Sachverhalt, den wir der Globalisierung verdanken. Es heißt Aufstocker. [Aufstocker](#) sind Menschen, die von dem Hungerlohn, den man ihnen heutzutage bezahlt, nicht leben können. Ihre Zahl steigt stetig. Im Januar dieses Jahres lag sie bei 1,3 Millionen Menschen, das waren rund 400.000 mehr als ein Jahr zuvor.

Die Apologeten des Liberalkapitalismus finden aber gar nichts Schlimmes dabei, sie haben herausgefunden, daß der größte Teil der Aufstocker Teilzeitbeschäftigte sind, die sich zum Leistungsbezug aus der Staatskasse noch etwas hinzuverdienen. Aber die Argumentation müßte umgekehrt lauten: Warum bekommen die Teilzeitarbeiter keinen Vollzeitarbeitsplatz? Das hat es ja in vorglobalistischer Zeit nicht gegeben. Zumindest nicht in dem Maß wie heute.

Bei den heutigen, vom Globalkapitalismus diktierten Löhnen [lohnt](#) es sich für manche gar nicht, zur Arbeit zu gehen. Auch das sehen die liberalkapitalistischen Verfechter ganz anders: Sie sagen, daß die Hartz IV. Zahlungen zu hoch sind, weshalb der Druck, arbeiten zu müssen, zu niedrig sei. Wenn man sich anschaut, aus welchen Gesellschafts- oder Volksschichten die Vertreter des Liberalismus kommen, wird man sich fragen müssen, ob das deutsche Bildungssystem bei der Erziehung zum Eigennutz nicht zu viel des Guten getan hat?

Die Renditen und das Einkommen der Manager

Populisten sind bekanntlich populär. Im allgemeinen werden sie verketzert, wenn die Gefahr besteht, daß sie die herrschende Mehrheit von der Macht ablösen könnten. Wenn sie aber an der Macht sind und populistisch agieren, dann steigern sie ihre Popularität, ohne daß man sie als Populisten bezeichnen darf. Die Kanzlerin Angela Merkel weiß ziemlich geschickt mit der Sache umzugehen. Als „Klimakanzlerin“ hat sie schon mächtig gepunktet, jetzt geißelte sie sehr wohlbedacht die unziemlichen Manager-Gehälter. Wörtlich sagte sie auf dem CDU-Parteitag in Hannover:

„Wenn das [Versagen](#) von Spitzenkräften mit Phantasieabfindungen vergoldet wird, dann untergräbt das das Vertrauen in das soziale Gleichgewicht unseres Landes“.

Geflissentlich übersieht sie, daß wir ein solches Gleichgewicht schon lange nicht mehr haben und daß es die Wirtschaftspolitik aller Regierungen in den letzten 30 Jahren war, die Deutschland immer stärker aus diesem Gleichgewicht gebracht hat. Die Kanzlerin sagte weiter: „Soziale Marktwirtschaft bedingt, daß die Menschen zusammengehören. Wenn das nicht mehr zusammengeht, fliegt uns der ganze Laden auseinander.“ Die Delegierten waren offensichtlich begeistert, steigen doch ihre Wahlchancen mit der auf solche Weise ansteigenden Popularität der Kanzlerin. Doch die Delegierten waren der falsche Ansprechpartner, die Kanzlerin sollte mit den gescholtenen Herren Tacheles reden, mit denen sie oft genug beieinander sitzt. Bisher hat man davon nichts vernommen.

Insbesondere mit dem letzten Satz hat sie den „Nagel auf den Kopf“ getroffen, daß die Menschen in Deutschland das Gefühl bekommen, daß sie gar nicht mehr zusammen gehören. Sie müßte nur noch konkretisieren, welche Menschen da zusammengehören. Die Menschen, die eine Nation bilden und in einer Volkswirtschaft zusammen arbeiten, die Deutschen also im konkreten Fall? Wie oft hatte sie schon ihre Gelegenheit, einen Beitrag zu diesem „Zusammengehören“ zu erbringen und hat es nicht getan?

Am selben Tag, als sie ihr Leid über die skrupellosen Manager auf dem CDU-Parteitag beklagte, es war am Montag den 03.12.07, da bewies der von der Bundesregierung in Amt und Würden gebrachte Klaus [Zumwinkel](#), der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG., daß er zu jener Kategorie von Managern zählt, die A. Merkel meinte: Er verkaufte Postaktien im Wert von 4,74 Mio. Euro, die er kurz zuvor (als Optionsscheine) zum halben Preis erworben hatte. Sein Nettogewinn aus dem Geschäft betrug 2,24 Mio. Euro. Sein Jahreseinkommen verbesserte er damit auf über 5 Mio. Euro. Die Kanzlerin selbst hatte Herrn Zumwinkel indirekt zu diesem Reibach verholfen, als sie und ihre Regierung die Mindestlöhne für Briefträger so hoch festlegte, daß sich die Post-Konkurrenz veranlaßt sah, Arbeitsplätze zu streichen. Das könnte durchaus ein politischer Erpressungsversuch sein – auf Kosten der betroffenen Arbeitnehmer – jedenfalls hat er die Postaktien in die Höhe getrieben.

Es ist ganz lustig, mit anzuschauen, wie sie sich nun gegenseitig angiften, beneiden und für dumm erklären: Das Dienstpersonal der Kapitalisten und das Vollzugspersonal der Politiker. Mit den gegenseitigen Schuldzuweisungen beweisen sie wechselseitig ihre Inkompetenz in der Sache und als Führungspersonen.

In den Augen der Deutschen ist die Wertschätzung der genannten Personenkreise sehr tief gesunken, aber ihnen fehlen offensichtlich die Hebel, ihre Einschätzung zum Tragen zu bringen.

©: www.hpatzakde, 10.12.07